

„Wir können nicht alle einsperren“

SPIEGEL-Gespräch mit dem Magdeburger Staatsanwalt Breymann über den Umgang mit rechten Gewalttätern



Staatsanwalt Breymann (M.): „Politische Brandstifterei“

SPIEGEL: Herr Breymann, die deutsche Justiz steht unter heftiger Kritik. Gehen Richter und Staatsanwälte mit rechten Gewalttätern zu lasch um?

BREYMAN: Das wurde der Justiz in der Vergangenheit häufig vorgeworfen. Was die Aufarbeitung der Nazi-Zeit angeht, auch zu Recht. Ich gehöre wie viele meiner Kollegen jedoch einer anderen Generation an, die aus dem, was die Väter gegenüber den Rechten nicht geleistet haben, ihre eigenen Lehren gezogen hat.

SPIEGEL: Welche denn? Juristen und Politiker beklagen, daß Atomkraftgegner und Friedensdemonstranten früher sehr viel hartnäckiger verfolgt wurden als heute randalierende Skins.

BREYMAN: Da ist viel dran, aber das ist für mich kein Maßstab für die Beurteilung der Täter von heute, weil ich das harte Vorgehen gegen Demonstranten oft für falsch gehalten habe. Was die Öffentlichkeit derzeit von der Justiz erwartet, grenzt an Rechtsbeugung. Dem können wir nicht nachgeben.

SPIEGEL: Ist es zuviel erwartet, daß Gewalttäter, die Brandsätze in Asylunterkünfte werfen, auch wegen Mordver-

suchs oder Mordes angeklagt und verurteilt werden?

BREYMAN: Da gibt es für mich überhaupt keine Frage: Wer eine Brandflasche in bewohnte Häuser wirft, der nimmt den Tod von Bewohnern in Kauf und muß mit entsprechenden Konsequenzen rechnen. Und wer jemandem mit voller Wucht einen Baseballschläger gegen den Kopf haut, nimmt tödliche Verletzungen in Kauf. Wir haben deshalb in Magdeburg einen Skin wegen versuchten Totschlags angeklagt.

Klaus Breymann

stellte schon frühzeitig nach der Wende Kontakte zu den Juristen-Kollegen in Sachsen-Anhalt her. Seit Oktober 1991 ist der Jurist aus dem Westen, der zuvor rund zehn Jahre in Braunschweig als Ankläger tätig war, Leiter der Jugendstaatsanwaltschaft am Landgericht in Magdeburg. Der liberale Jugendstrafrechtler Breymann, 47, ist im Vorstand der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen.

SPIEGEL: Wer auf der Straße Nazi-Symbole zur Schau trägt oder den Arm zum Hitler-Gruß reckt, lief bislang kaum Gefahr, belangt zu werden.

BREYMAN: Das ist zumindest für Magdeburg nicht richtig. Wir haben eine Absprache mit der Polizei, daß nicht nur der Hitler-Gruß verfolgt und konsequent angeklagt wird, sondern auch der sogenannte Kühnen-Gruß mit den drei abgespreizten Fingern. Wir klammern uns da nicht an die Rechtsprechung von vorgestern, die Gerichte mögen dann entscheiden.

SPIEGEL: Sie führen in Magdeburg Anklage gegen eine Gruppe von Skins, die ein Punk-Lokal überfallen, mehrere Jugendliche schwer verletzt und einen getötet hat. Trotzdem lautet der Tatvorwurf bis auf eine Ausnahme nur auf Landfriedensbruch und Körperverletzung. Warum diese Zurückhaltung?

BREYMAN: So einfach ist es eben nicht. Wir haben gegen rund 30 Beschuldigte ermittelt, von denen wir überzeugt sind, daß sie an dem Überfall beteiligt waren. Unser Problem: Wir wissen nicht, wer das Opfer erschlagen hat. Alle 30 kann ich aber nicht wegen Totschlags anklagen, weil wir keine Anhaltspunkte dafür haben, daß es einen strategischen Plan oder gar einen gemeinsamen Tötungsvorsatz beim Erstürmen des Lokals gegeben hat. Deshalb müssen wir uns an das halten, was für uns nachweisbar ist.

SPIEGEL: Ähnlich argumentieren Ihre Kollegen auch andernorts, wo rechte Gewalttäter überraschend glimpflich davonkamen. Wie kann der Staat dann die drakonische Härte zeigen, die etwa Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau gegenüber den Rechten fordert?

BREYMAN: Gerade jetzt müssen Staat und besonders die Justiz Sinn und Verstand behalten: Bei den rechten Gewalttätern handelt es sich größtenteils um Jugendliche und Heranwachsende, bei denen man besonders genau hinschauen muß. Das oberste Ziel im Jugendstrafrecht ist: Was können wir tun, um in Zukunft solche Kriminalität zu reduzieren? Und da ist das Strafverfahren nur bedingt geeignet. So haben wir nach dem Überfall in Magdeburg die Hälfte der Beteiligten nicht angeklagt, obwohl das möglich gewesen wäre.

SPIEGEL: Warum nicht? Gerade aus der Gesinnungsgruppe beziehen viele jugendliche Täter doch ihre Energie.

* Mit SPIEGEL-Redakteuren Mathias Müller von Blumencron und Manfred Ertel.